

Niederschrift

Gremium	Sitzung - RPB/022(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling	Dienstag, 23.05.2006	J.-Bremer-Str. 8/10 - Beratungsraum	17:00Uhr	18:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 Prüfbericht "Grundsicherung für Arbeitssuchende"
 - 4.2 Prüfbericht "MVB"
- 5 Anträge

6 Informationen

7 Verschiedenes

Anwesend:

CDU

Vors. des Stadtrates Jens Ansorge

PDS

Stadträtin Regina Frömert

B90/Grüne

Stadtrat Thorsten Giefers

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Klaus Heinemann

Stadtrat Dr. Gerhard Reichel

Stadtrat Hilmar Schoenberner

Stadträtin Claudia Szydzick

Vertreter für Frau Jana Bork

Vorsitzende/r

Stadträtin Jana Bork

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Michael Heendorf

Stadtrat Sören Ulrich Herbst

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Olaf Meister

Sachkundige Einwohnerin Sigrid Schob

Sachkundiger Einwohner Martin Sobczyk

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Dr. Reichel, eröffnet die Sitzung.

Die Beschlussfähigkeit war mit 6 Ausschussmitgliedern gegeben.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 6 : 0 : 0

3. Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift der Sitzung vom 25.04.2006 wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 4 : 0 : 2

4. Beschlussvorlagen

4.1. Prüfbericht "Grundsicherung für Arbeitssuchende"

Der Ausschussvorsitzende bat die Beigeordnete, Frau Bröcker (BG V), um ein einführendes Statement zur Stellungnahme zum Prüfbericht.

Frau Bröcker hob folgende Aspekte besonders hervor:

- Frage nach der Angemessenheit der Unterkunftskosten,
- Umgang mit den Richtwerten aus der Unterkuftsrichtlinie,
- Höhe der Unterkunftskosten sollen sich an denen der Sozialhilfeempfänger orientieren,
- Unsicherheit bestand darin, hinsichtlich der Auskömmlichkeit der Unterkunftskosten,
- Basis für die Bearbeitung in der ARGE ist die Unterkuftsrichtlinie,
- Ziel ist es, die Unterkuftsrichtlinie optimal umzusetzen und
- das Problem in der Bearbeitung darin besteht, dass hierbei das Ermessen auszuüben ist.

Frau Bröcker hob besonders hervor, dass Harz IV einen Entwicklungsprozess darstellt und der Prüfbericht von besonderer Bedeutung ist, da dem Haushalt der Stadt aus den Unterkunftskosten ein Belastungspotential im Jahre 2005 in der Höhe von 75 Mio. EUR entstand.

In Richtung ARGE verdeutlichte sie, dass man sich in einem lernenden System befindet und insoweit an das handelnde Personal besondere und sich ändernde Anforderungen bestehen.

Der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes ist sehr hilfreich, da in ihm vielfältige Hinweise auf bestehende Defizite gegeben worden sind. Dies wird seitens der LH MD und der ARGE Anlass sein, entsprechende Schlussfolgerungen zur Veränderung zu ziehen und umzusetzen. In der folgenden Diskussion, die sich aus diversen Fragestellungen des Ausschusses ergab, sind folgende inhaltliche Schwerpunkte besonders zu benennen:

- Anpassung der Unterkuftsrichtlinie,
- Abklärung, ob ausreichender oder angemessener Wohnraum im Falle von Veränderungen überhaupt zur Verfügung steht,
- Berücksichtigung kostensteigernder Einflussfaktoren im Mietbereich,
- weiterführende Schulungen des Personals der ARGE,
- Vollzug bei Rückforderungen und
- Lösung der bestehenden Softwareprobleme.

Frau Rosam informierte, dass der Schulungsbedarf zur sicheren Ausübung des Ermessens objektiv besteht und in einzelnen Schulungsmaßnahmen manifestiert ist. Die Aussagen des Rechnungsprüfungsamtes im Prüfbericht wurden und werden sehr ernst genommen.

Bröcker: Die Unterkuftsrichtlinie wird derzeit überarbeitet und seitens des OB besteht die Absicht diese dann zu veröffentlichen, sodass die Stadträtinnen und Stadträte auch Kenntnis erhalten werden.

Hinsichtlich der Verfügbarkeit von Wohnraum im Stadtgebiet Magdeburg, wird von der LH MD der Wohnungsmarkt laufend in Augenschein genommen.

Die zum Einsatz gebrachte Software stellt ein erhebliches Problempotenzial dar. Hier gilt es zu berücksichtigen, dass das Verfahren A 2 LL vom Gesetzgeber aus Harz IV heraus in Auftrag gegeben wurde. Wichtig erscheint hier die Bewertung von Experten, A 2 LL ist nicht sanierbar.

Zur Problematik des Umganges der Abweichungsgrößen äußerte Fr. Borris, dass die Akten Komplett erfasst und die Fälle über 100 EUR Abweichung bzw. 60 EUR Abweichung bearbeitet wurden.

Ausblickend gab Frau Bröcker den Hinweis, dass die Kosten von Harz IV zu erheblichen weiteren Belastungen der Kommunen führen werden. Insoweit ist dies kein eigenständiges Problem der Stadt Magdeburg und erfordere entsprechende gesetzgeberische Aktivitäten des Bundes. Dies gilt gleichermaßen auch für die Grundsatzfrage zur Lösung der Probleme im Bereich der Software.

Zur Frage, ob eine weitere Personalführung bei der ARGE erforderlich wäre, entgegnete Frau Rosam mit dem Hinweis, dass die Zuständigkeit hierzu bei der BA und der Stadt MD als Träger läge. Im Gegenzuge muss vorsorglich dann auf eine ansteigende Personalkostenentwicklung verwiesen werden.

Die Frage nach einer Folgeprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt beantwortet Herr Krafczyk, dass vorerst keine Prüfungen vorgesehen seien, da das Rechnungsprüfungsamt eine umfangreiche Palette anderer Prüfbereiche zu bedienen hat und über dies mit weiteren personellen Engpässen durch Abgang von Personal entsprechend restriktiv kalkuliert werden muss. Für den Fall, dass der Stadtrat nach angemessener Frist hierzu einen Prüfauftrag erteilen sollte, würde selbstverständlich dieser Prüfauftrag umgesetzt werden, allerdings zum Nachteil anderer vorgesehener Prüfungen.

Frömert: Es ist erforderlich, dass der Stadtrat entsprechende Schlussfolgerungen aus der Kenntnisnahme des Prüfberichtes und der hierzu abgegebenen Stellungnahmen zieht. Der Rechnungsprüfungsausschuss trifft den Beschluss, der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes und die Stellungnahmen der Verwaltung und der ARGE hierzu werden zur Kenntnis genommen

4.2. Prüfbericht "MVB"

Herr Dr. Reichel erteilt das Wort an AL 14.

Herr Krafczyk gibt den Hinweis, dass aus Sicht des Rechnungsprüfungsamtes, auf Grund des Prüfergebnisses, keine Stellungnahme abzugeben war.

Der Tagesordnungspunkt sollte nach Maßgabe von Frau Bork, entgegen der Auffassung des geschäftsführenden Amtes, am heutigen Tage befasst werden und lediglich etwaige aufkommende Fragen erfasst werden, damit dann das Rechnungsprüfungsamt zur nächsten Ausschusssitzung die Antworten geben kann.

Da keine Fragen des Ausschusses bestanden, wurde der Beschluss gefasst:

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt diesen Prüfbericht zur Kenntnis.

5. Anträge

Es wurden keine Anträge gestellt.

6. Informationen

Es gab keine Informationen.

7. Verschiedenes

Herr Ansorge nimmt Bezug auf den Prüfbericht „Fraktionskosten“ und informiert den Ausschuss, dass interfraktionell beraten und abgestimmt worden ist, entsprechende Vorschläge bis 30. Juni 2006 abzugeben.

Herr Giefers stellt die Nachfrage zum Antrag des Ausschusses zur Veränderung der Rechnungsprüfungsordnung unter dem Aspekt, wie lange man noch auf die Beurteilung des Landesverwaltungsamtes warten sollte.

Nach kurzer Diskussion hierzu und dem Hinweis vom AL 14 auf das in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 28. März 2006 erzielte Einvernehmen, den weiteren Fortgang in der Sache vom Ergebnis der Prüfung des Landesverwaltungsamtes abhängig zu machen, bestand Einigkeit das geschäftführende Amt zu beauftragen, beim OB zum Stand in der Sache im Auftrage des Ausschusses schriftlich anzufragen.

Herr Ansorge kommt nach TOP 3, stellvertretend für Herrn Heendorf, zum Ausschuss hinzu.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jana Bork
Vorsitzende/r

Schriftführer/in